

## **Binnenwirtschaft**

Margot Schüller und Makbule Top

### **Maßnahmen gegen allgemeine wirtschaftliche Überhitzung**

Um das Wirtschaftswachstum abzubremsen, hat die Zentralbank im Juni die Erhöhung der Mindestreserven beschlossen. Der Mindestreservesatz, den die Banken halten müssen, wurde zum 5. Juli um 0,5% erhöht. Damit steigt die Reserveranforderung für die meisten Geschäftsbanken auf durchschnittlich 8%. Aus dieser Entscheidung resultiert eine Abschöpfung von Liquidität, da die Geschäftsbanken umfangreichere Geldreserven bei der Zentralbank hinterlegen müssen.

Der Leitzins wurde diesmal nicht erneut erhöht. Erst im April d.J. hatte die Zentralbank nach anderthalb Jahren erstmals die Zinsen angehoben, sodass der Zins für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr bei 5,85% liegt.

Das Wirtschaftswachstum stieg im ersten Halbjahr 2006 um 10,9% gegenüber der ersten Hälfte 2005. Im zweiten Quartal 2006 belief sich das BIP-Wachstum sogar auf 11,3%, dies war 1% mehr als im ersten Quartal und deutlich höher als die von der Regierung im Rahmen der Indikativplanung vorgesehene BIP-Wachstumsrate von 8-9%. Die Industrieproduktion wies im Mai eine Steigerungsrate von 17,9% aus; im April hatte die Zuwachsrate bei 16,6% gelegen.

Die Exporte nahmen im ersten Halbjahr um 25,2% zu und beliefen sich auf 428,6 Mrd. US\$, während die Importe um 21,3%

stiegen und einen Wert von 367,1 Mrd. US\$ erreichten. Der Überschuss in der Handelsbilanz erreichte 61,4 Mrd. US\$.

Regional fiel das Wachstum in einigen Metropolen und Provinzen besonders hoch aus. In Shenzhen lag das Wachstum beispielsweise bei 13,5%. Das Wachstum wurde vor allem durch die Exportwirtschaft getragen; die Ausfuhren nahmen um 38,1% im ersten Halbjahr zu. Im Immobiliensektor stiegen die Preise rasant an, für Luxusimmobilien lag die Preiserhöhung bei rd. 50%. Trotzdem wird die Entwicklung vom Shenzhener Bürgermeister Xu als „gesund und nachhaltig“ bezeichnet. Shanghai verzeichnete eine Wachstumsrate von 12,6% – vorausgesagt war eine Wachstumsrate von 10% gewesen. Vor allem die Infrastrukturinvestitionen lagen mit einer Zunahme um 25,5% sehr hoch. Beijings BIP-Wachstum nahm um 12,3% zu; die Investitionen waren um 23,6% gestiegen.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wurde durch die schnelle Ausweitung der Bankkredite begünstigt. Im Juni stieg das Volumen der Kredite um 15,2%, ein leichter Rückgang verglichen mit dem Kreditwachstum von 16% im Mai. In den ersten fünf Monaten d.J. lag das Kreditvolumen bei 2,12 Billionen Yuan RMB (264 Mrd. US\$) und erreichte damit schon fast das für das Jahr insgesamt vorgegebene Volumen von 2,5 Billionen Yuan RMB.

Kredite als wichtigste Finanzierungsquellen ermöglichten den Anstieg der Investitionen in Infrastrukturprojekte für den Straßenbau, den Bau von Fabriken, Immobilien etc. Im ersten Halbjahr stiegen die Anlageinvestitionen um 29,8%. In den Städten lag der Anstieg sogar bei 31,3% und

damit höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres mit 30,3%. Die Indikativplanung der Regierung hatte für dieses Jahr eine Zunahme der Anlageinvestitionen um 17% vorgesehen. Die Lokalregierungen erhöhten ihre Investitionen deutlich stärker als die Zentralregierung. Während der Anstieg der Anlageinvestitionen der Lokalregierungen bei 32% im ersten Halbjahr lag, betrug die Zunahme der Investitionen der Zentralregierung lediglich 25,1%.

Die Preise blieben trotz dieser Entwicklung relativ stabil. Im Juni 2006 lag der Preisanstieg auf Jahresbasis bezogen bei 5,8%; gegenüber dem Vormonat Mai erhöhten sich die Preise im Juni in 70 Städten des Landes um 0,7%.

Aufgrund des starken Anstiegs der Geldmenge ermahnte die Zentralbank die Geschäftsbanken, ihre Kreditvergabe stärker zu kontrollieren. Im Mai stieg die M2-Geldmenge um 19,1% gegenüber dem Vorjahresmonat an. Der Leitzins war im April angehoben worden, hatte aber offensichtlich keinen Einfluss auf das Investitionsverhalten. Die Zentralbank forderte in einer Mitteilung die Banken auf ihrer Webseite zu stärkeren Kontrollen auf: „...strengthen the banking system's liquidity management further control the overly fast growth of credit, and continue to rationally guide the scale of commercial Bank's medium- and long-term loan issuances.“ (IHT, 20.6.06, S. 12).

Neben den indirekten Steuerungsmaßnahmen sollen direkte administrative Eingriffe dazu beitragen, dass die lokalen Regierungen ihre Investitionen einschränken. Zhu Zhixin von der National Development

and Reform Commission verteidigte in einer Rede Anfang Juli die direkten Eingriffe. Er wies darauf hin, dass diese notwendig seien, da sich viele nicht an die Gesetze halten würden: „But under the current situation, with so many people refusing to comply with the law, how effective would it be if we depended on legal measures to adjust [the economy]?“ (SCMP, 2.7.06). Administrative Eingriffe seien notwendig, so Zhu, da ein hoher Anteil der Anlageinvestitionen durch staatliche Einheiten getätigt würden. (WSJ, 9., 15.6.06; FAZ, 19.7.06; SCMP, 20., 21.7.06; BBCEF, 19., 24.7.06; National Bureau of Statistics, „Urban Investment in Fixed Assets Continued Rising in the First Half Year“, 21.7.06, [www.stats.gov.cn](http://www.stats.gov.cn); National Bureau of Statistics, „Fast and Stable Economic Growth in the First Half of 2006“, 18.6.2006, [www.stats.gov.n](http://www.stats.gov.n))

## Maßnahmen gegen Überhitzung des Immobiliensektors

Im ersten Halbjahr hielt auch der Bauboom an. Im städtischen Immobiliensektor nahm das Investitionsvolumen um 26,6% zu. Es wurden 98.900 neue Bauprojekte gestartet; das damit verbundene Investitionsvolumen stieg um 22,2% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Um das Entwicklungstempo im Immobiliensektor zu dämpfen, erhöhte die Regierung die Zinsen sowie die Vorschusszahlungen für Luxusimmobilien und erschwerte den Zugriff auf entsprechendes Bauland dafür.

Bereits im Mai wurden die Lokalregierungen angewiesen, Wohnungen zu bauen,

deren Wohnfläche nicht größer als 90 m<sup>2</sup> ist. Auf Rückfrage der Wohnungsbaugesellschaften erklärte das Bauministerium, dass bei Wohnungsprojekten mindestens 70% der gesamten Fläche für Wohnungen von maximal 90 m<sup>2</sup> reserviert werden muss. In den 90 m<sup>2</sup> sind sowohl die individuelle Wohnfläche als auch die gemeinsam in den Häusern genutzten Wohnflächen enthalten.

Von verschiedenen Experten wird angezweifelt, dass diese Politik die gewünschte Wirkung hinsichtlich der Dämpfung der Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt haben wird. Sie verweisen dagegen auf die steigenden Landpreise als wichtigste Ursache der Überhitzung. Für die Lokalregierungen machen die Einnahmen aus Landverkäufen (bzw. Verkäufen von Nutzungsrechten) 30-50% ihrer gesamten Einnahmen aus. Aus diesem Grund haben sie ein starkes Interesse daran, dass die Preise steigen und damit auch ihre Einnahmen.

Der stellvertretende Minister für „Land and Resources“ Yun Xiaosu führt die Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt nur zu einem Anteil von 25-30% auf die steigenden Landpreise zurück. Der entscheidende Preistreiber ist aus seiner Sicht vielmehr die hohe Nachfrage. Nach Einschätzung anderer Experten tragen beide Faktoren in einem vergleichbaren Maße zur derzeitigen Entwicklung bei. Während staatliche Einheiten nicht mehr Wohnraum als in der Vergangenheit zuteilten, habe sich die Zahl der städtischen Bevölkerung erhöht und damit die Nachfrage nach Wohnraum. Da es keine Anreize für die Wohnungsbaugesellschaften gebe, günstigen Wohnraum zu bauen, hätten diese im Wesentlichen sehr teure Wohnun-

gen bzw. Luxusvillen gebaut. Die Standard Chartered Bank kommt in einem Bericht beispielsweise zu dem Schluss, dass von den rd. 189 Mrd. Yuan RMB, die für den Bau von Wohnraum investiert wurden, lediglich 6,2 Mrd. Yuan RMB für Wohnungen im unteren Preissegment bestimmt waren.

Die Nachfrage nach großen Wohnungen und Luxusvillen ist nach Einschätzung von Experten vor allem durch das spekulative Verhalten von sowohl chinesischen als auch überseechinesischen und in China arbeitenden Fachkräften bestimmt. Viele Regierungsfunktionäre würden Wohnungen auch unter dem Namen ihrer Familienmitglieder kaufen und dann, nachdem die Preise gestiegen seien, mit einem Gewinn wieder verkaufen.

Eine weitere Maßnahme zur Abkühlung des überhitzten Immobilienmarktes wurde Anfang Juli vom Bauministerium angekündigt. So müssen Wohnungsbaugesellschaften nach einer neuen Bestimmung vor einem Vorverkauf von Immobilien – also vor Fertigstellung der Wohnung bzw. des Hauses – eine Genehmigung der zuständigen Behörden einholen. Die neue Bestimmung verlangt von den Wohnungsbaugesellschaften, dass sie innerhalb von zehn Tagen nach Genehmigung des Verkaufs die Wohnungen auf dem Markt anbieten. Die Werbung für den Verkauf von noch nicht genehmigten Wohnungen ist den Wohnungsbaugesellschaften untersagt.

Anfang Juni veröffentlichte das Ministerium für Land and Resources einen Bericht darüber, dass ein großer Teil der Grundstücksverkäufe der letzten Zeit illegal war. Die Angaben des Berichts beziehen sich auf

eine Untersuchung in 15 großen Städten aus dem Jahr 2005, die zeigt, dass 64% der Landverkäufe nicht legal waren. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua kommentierte den Bericht ebenfalls kritisch: „Large amounts of investment went to land acquisition, and a majority of projects involved the illegal use of land“ (*The Straits Times Interactive*, 8.6.06).

Auf lokaler Ebene sind die Probleme in einigen Städten besonders groß und haben dazu geführt, dass sie auch eine politische Dimension angenommen haben. So rief der Privatunternehmer Zou Tao in Shenzhen auf seiner Webseite in einem öffentlichen Brief zu einem Boykott des Immobilienmarktes auf. Zou Tao wies auf die extrem steigenden Preise hin, die es normalen Familien nicht erlauben würden, eine Wohnung zu kaufen. (*The Straits Times Interactive*, 11. und 18.7.06; *WSJ*, 12.6.06)

## **China avanciert zum zweitgrößten Automarkt der Welt**

Steigende Einkommen und fallende Preise für Personenkraftwagen haben zu einer Explosion der Autoverkäufe geführt. So werden im Durchschnitt täglich 1.000 Neufahrzeuge in Metropolen wie Beijing und Shanghai verkauft.

Die chinesische Zentralregierung zählt die Automobilindustrie zum „Eckpfeiler“ der einheimischen Wirtschaft, die auch international Spitzenplätze erreichen soll. Die expandierende Autoproduktion soll weiterhin dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen.

Bereits im Jahr 2005 wurden auf dem einheimischen Markt 5,7 Mio. Fahrzeuge

verkauft. Im Vergleich zum Jahr 2004 war dies eine Zunahme um 12,1%. Die Zahl der Personenkraftwagen belief sich auf 2,77 Mio., eine Steigerung um 19,7%. China war im vergangenen Jahr nach den USA und Japan noch der drittgrößte Automarkt der Welt. Basierend auf Statistiken zur stetig steigenden Fahrzeugproduktion und zum Verkauf, nimmt China seit Anfang d. J. nun den zweiten Platz auf dem globalen Automarkt ein.

Obwohl gegenwärtig erst 2% der chinesischen Haushalte ein Auto besitzen, rechnen Analysten mit über zehn Millionen Verkäufen von Neufahrzeugen in China bis zum Jahr 2010. Chinas Autoverkäufe stiegen im Vergleich zum Vorjahr im ersten Halbjahr 2006 bereits um 47% an.

Ein Bericht des Chinesischen Verbandes der Automobilhersteller weist darauf hin, dass in den ersten fünf Monaten d. J. bereits 3,05 Mio. Autos in China hergestellt wurden. Von den insgesamt 2,97 Millionen verkauften Fahrzeugen wurden 1,804 Millionen ins Ausland exportiert.

Der chinesische Markt ist gegenwärtig vom Erstkäufer geprägt: 70% der Kunden kaufen ihr erstes Auto. Die Preispolitik der Automobilindustrie hat sich inzwischen stärker an den niedrigen Durchschnittseinkommen eines Großteils der Bevölkerung ausgerichtet. So werden Personenkraftwagen von chinesischen Anbietern bereits ab 5.000 Euro angeboten.

In den letzten 15 Jahren wurde der größte Teil der Automobile in sino-ausländischen Joint-Venture-Unternehmen hergestellt. Dies hat zu einer Dominanz internationaler Marken und ausländischer Herstel-

ler in diesem Bereich geführt. Gegenwärtig entfällt nur ein Anteil von 20% auf rein chinesische Automobilhersteller. Wenn chinesische Automobilhersteller sich auf internationalen Märkten etablieren wollen, stellt zunächst das untere Preissegment die einträglichste Option für sie dar. Es wird erwartet, dass die chinesischen Hersteller in diesem Bereich in Zukunft durchaus Fuß fassen könnten.

Ob sich die Dynamik auf dem chinesischen Automobilmarkt aufrecht erhalten lässt, hängt auch vom zukünftigen Benzinpreis ab. Denn dieser ist in jüngster Zeit spürbar erhöht worden, obwohl er zur Zeit kaum besteuert wird und umgerechnet nur 0,50 Euro pro Liter kostet. (WSJ 10., 13.7.06; NZZ 2.5., 22.6.06; XNA 14.7.06; HB 23.6.06)

## Höhere Energieeffizienz angestrebt

Die chinesische Zentralregierung hat ambitionierte Ziele zur Erhöhung der Energieeffizienz im Rahmen des 11. Fünfjahresprogramms (2006-2010) angekündigt. So soll der Energieverbrauch pro BIP-Einheit um 20% reduziert werden. Ausgehend von einem durchschnittlichen Verbrauch von 1,22 t pro 10.000 Yuan RMB-Wertschöpfung im Jahre 2005 soll der Verbrauch auf 0,976 t im Jahre 2010 zurückgeführt werden. In diesem Jahr ist vorgesehen, den Energieverbrauch um 4% pro BIP-Einheit zu senken.

Um die Steigerung der Energieeffizienz in den Provinzen zu fördern, plant die Zentralregierung, dieses Kriterium in die Bewertung der Beamten in den Provinzen einzu-

beziehen und bei anstehenden Beförderungen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die Regierung eine Rangliste, in der der Verbrauch von Kohle und Elektrizität in Relation zur Wertschöpfung für jede Provinz ausgewiesen wurde.

Der Bericht der Zentralregierung über den lokalen Energieverbrauch pro BIP-Einheit zeigt, dass die westlichen Regionen Chinas deutlich mehr Energie verbrauchen als die wirtschaftlich höher entwickelten Küstenprovinzen. Ningxia beispielsweise konsumierte im Jahre 2005 mit 4,14 t pro BIP-Wertschöpfung mehr als fünfmal so viel Energie, um eine Einheit des Bruttoinlandsprodukts herzustellen wie die entwickelten Provinzen. Die Nachbarprovinz Qinghai lag an zweitletzter Stelle in der Rangfolge.

Die Provinz Guangdong dagegen lag mit einem Verbrauch von 0,790 t Kohle für eine Wertschöpfung von 10.000 Yuan RMB in der Rangfolge vorn, wies allerdings eine geringere Effizienz bei der Nutzung von Elektrizität auf. Die städtischen Metropolen Beijing und Shanghai folgten Guangdong in der Rangfolge bei der effizienten Kohlenutzung.

Angesichts der Diskrepanz in der Energieeffizienz zwischen den Regionen Chinas und der nach wie vor massiv ansteigenden Nachfrage nach Energie sind die ambitionierten Ziele im Fünfjahresprogramm nur dann zu erreichen, wenn verschiedene Reformen auf dem Energiemarkt eingeleitet werden und sich das gesamte Muster des Wirtschaftswachstums ändert. Hierzu gehört auch die Anpassung der Preise an die veränderte Nachfrage.

So erlaubte die Regierung Anfang Juli, dass die Elektrizitätswerke ihre Preise anheben, um die erhöhten Preise von Kohle weiterzugeben und notwendige umweltpolitische Auflagen finanzieren zu können. Der Preis für Elektrizität wurde um durchschnittlich 0,025 Yuan RMB pro Kilowattstunde angehoben. Nach Angaben der National Development and Reform Commission, die für die Planung im Energiesektor zuständig ist, war dies die erste Erhöhung der Elektrizitätspreise seit Mai 2005.

Die Preiserhöhung erfolgte im Rahmen eines von der Regierung festgelegten Mechanismus, der die Kosten für Energie an die Marktpreise für Kohle bindet. Diesem Mechanismus zufolge können die Elektrizitätspreise erhöht werden, wenn die Preise für Kohle in einem Zeitraum von sechs Monaten um durchschnittlich 5% steigen.

Trotz einer Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten in den letzten Jahren kommt eine neuere Studie zu dem Schluss, dass aufgrund des rasanten Nachfraganstiegs die Kapazitäten noch stärker ausgebaut werden müssen. Die Untersuchung mit dem Titel „China Electricity Market 2006“ wurde gemeinsam von der Unternehmensberatung Capgemini, der Electricité de France (EDF) und dem China Electricity Council erstellt. Basis der Studie sind Befragungen von mehr als 140 chinesischen Führungskräften im Energiesektor und 50 persönliche Interviews mit Industrieexperten und ausländischen Investoren. Wichtigstes Ergebnis der Untersuchung ist, dass das bisherige Bedarfswachstum offensichtlich unterschätzt wurde und statt der bis 2020 als notwendig angesehenen zusätzlichen Kraftwerkskapazi-

tät von 950 Gigawatt weitere 280 Gigawatt erforderlich sind.

Die Studie zeigt weiterhin, dass die Bedeutung der Kohle als Energieträger kaum abnimmt. Die offiziellen Pläne gehen davon aus, dass der Anteil der Kohle am Energiemix von derzeit 73% auf 68% im Jahre 2010 und auf 60% im Jahre 2020 zurückgehen wird. Dagegen kommt die Studie zu dem Schluss, dass auch im Jahre 2020 kohlebefeuerte Kraftwerke noch 65% der Elektrizität erzeugen werden. (*The Straits Times* Interactive, 5.7.06; WST, 3.7.96; SCMP, 4.7.06; NfA, 29.6.06)

## SVR Hongkong

Günter Schucher und Katrin Willmann

### Prominente Fürsprecher für Demokratisierung des Wahlrechts

Anson Chan und Regina Ip, zwei hochrangige Politikerinnen während der Regierungszeit des früheren Hongkonger Regierungschefs (*Chief Executive*) Tung Chee-hwas, haben sich im Sommer 2006 auf der politischen Bühne der Sonderverwaltungsregion (SVR) zurückgemeldet und treten seither für konstitutionelle und politische Reformen ein.

Die heute 66-jährige Anson Chan hatte von 1997 bis 2001 das Amt der *Chief Secretary of Administration* inne und war überraschend vorzeitig von ihrem Amt zurückgetreten. Ihr Engagement für die Einführung eines allgemeinen Direktwahlrechts zeigte